

BÜRGERFORUM

Zeitschrift der Bürgerbewegung Pax Europa e.V.
Menschenrechtsorganisation für Freiheit und Demokratie

www.buergerbewegung-pax-europa.de http://bpeinfo.wordpress.com http://bpeinfopost.wordpress.com

Überparteiliche Zeitschrift

— Schutzgebühr: 1,- € —

Nr. 3 / Juli 2010



BPE-Aktionen 2010

— Eine Zwischenbilanz —

Größte islamkritische Veranstaltung Münchens

Im 200 Personen fassenden Saal des Zunfthauses in München blieben nur wenige Stühle leer. Groß war der Andrang, als am 3. März 2010 die BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA zusammen mit der Menschenrechtsorganisation CSI (*Christian Solidarity International*) zu dem Informationsabend „Wie tolerant

ist der Islam?“ einlud. Die Planung, Organisation und Durchführung hatte der BPE-Landesverband Bayern zusammen mit der „PI-Gruppe München“ übernommen. Im Raum konnte man spüren, wie stark den Menschen das Thema mittlerweile unter den Nägeln brennt. Es war die größte islamkritische Veranstaltung, die bisher in München stattgefunden hat.



Zu Beginn beschrieb Willi Schwend, der Vorsitzende von BPE, wie sich diese Bürgerbewegung für Demokratie, europäische Werte und Freiheit einsetze. All dies sehe man durch den Islam massiv gefährdet. Denn der Islam des Korans und der Scharia transportiere Werte und Rechtsnormen, die in Deutschland in erheblichem Umfang verfassungswidrig sind und die auch mit der Internationalen Deklaration der Menschenrechte nicht zu vereinbaren sind. Willi Schwend betonte, dass radikal eingestellte Personen bei BPE nichts verloren hätten – weder Linksradikale, Rechtsradikale noch religiöse Fanatiker. Man sei selbstverständlich überhaupt nicht ausländerfeindlich orientiert, was auch die Mitgliedschaft vieler Mitbürger unterschiedlicher Herkunft unterstreiche. Bei BPE seien sogar einige säkular eingestellte Muslime engagiert. Genauso auch zahlreiche jüdische Mitbürger. Mit Susanne Zeller-Hirzel habe man zudem das letzte lebende Mitglied der „Weißen Rose“ in den eigenen

Reihen. Sie habe damals zusammen mit den Geschwistern Hans und Sophie Scholl gegen den Nationalsozialismus gekämpft und sehe im Islam nun die gleiche totalitäre Bedrohung.



Den ersten Vortrag hielt der katholische Theologe, Verleger und Vorstandsmitglied von BPE, Wilfried Puhl-Schmidt. Das Thema lautete „Der Islam zwischen Friedfertigkeit, Intoleranz und Gewalt“. Er berichtete, wie er vor einigen Jahrzehnten noch einen positiven Eindruck vom Islam hatte. Beim Kontakt mit Imamen und muslimischen Mitbürgern sei ihm ein friedliches und tolerantes Bild gezeichnet worden. Aber als Puhl-Schmidt dann begonnen habe, die islamischen Schriften selber zu lesen, habe er gemerkt, dass er hinters Licht geführt worden sei. Der Verleger habe den Koran mittlerweile über ein Dutzend Mal studiert und kenne damit die theoretischen Grundlagen dieser Religion sehr gut.

Puhl-Schmidt untersuchte einige brandgefährliche Stellen des Koran, vor allem aus der äußerst brutalen neunten Sure. Er wies nach, wie sehr der Islam den Anspruch auf die alleinige Wahrheit auch unter Anwendung von Gewalt durchsetzen wolle. Wichtig war es dem Referenten, auf Sure 9,111 hinzuweisen, in welcher Muslime „für Allahs Sache töten und getötet werden.“

Ganz besonders stark sei die Juden-

Inhalt

Impressum	2
BPE-Aktionen in Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und NRW	1 ff
Appell	6
Hier schweigt der Trend	7
BPE-Mitgliederversammlung 2010 mit Gastrednern	7

feindlichkeit in dieser Religion. Dies untermauerte er mit dem Beispiel von aktueller Literatur, die von der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion DITIB, dem deutschen Ableger der türkischen Religionsbehörde, in Deutschland vertrieben werde. So liefere beispielsweise das Buch „Juden und Christen im erhabenen Koran“ von Dr. M. Fatih Kesler jede Menge heftigen Antisemitismus. Puhl-Schmidt zeigte auf, dass Muslime somit von Allahs Wort in den Suren 9,30 und 5,64 an bis zu einer Rede Amin El-Husseini (Mufti von Jerusalem sowie Sympathisant Hitlers) im Jahr 1942 und schließlich bis in die heutige Zeit hinein judenfeindliche Äußerungen verbreiten.

Als Zuhörer waren auch einige muslimische Mitbürger gekommen, die in München bei fast jeder Veranstaltung zu sehen sind, die mit dem Islam zu tun hat. Mittlerweile weiß man, dass sie oft in der salafistisch orientierten Moschee in der Münchner Ruppertstraße anwesend sind. Nun, sie waren in der ersten Frageunde des Abends wie immer bestrebt, die Friedfertigkeit des Islam zu betonen. Und dass es „keinen Zwang im Glauben“ gebe. Dabei wurde zum x-ten Male Sure 2 Vers 256 bemüht. Wer diesen Koranvers allerdings genau durchliest, bemerkt schnell, dass hier keineswegs Religionsfreiheit gemeint ist, wie wir sie verstehen:

“Es gibt keinen Zwang im Glauben. Der richtige Weg ist nun klar erkennbar geworden gegenüber dem unrichtigen. Wer nun an die Götzen nicht glaubt, an Allah aber glaubt, der hat gewiß den sichersten Halt ergriffen, bei dem es kein Zerreißen gibt.” (Quelle: www.islam.de/1422.php, eine Website des Zentralrats der Muslime in Deutschland; Koran-Übersetzung von Mohammed Ahmed Rassoul, einem arabischen Muttersprachler).

Es soll also lediglich niemand zum Islam gezwungen werden, da die wahre Lehre vom Irrglauben ja klar zu unterscheiden sei. Und schon im nächsten Vers wird all denen, die dem „falschen“ Glauben angehören, mit der ewigen Hölle gedroht:

“Diejenigen aber – die ungläubig sind, deren Freunde sind die Götzen. Sie führen sie aus dem Licht in die Finsternisse. Sie werden die Bewohner des Feuers sein, darin werden sie ewig bleiben.”

Wie falsch die Behauptung ist, im Islam herrsche so etwas wie Religionsfreiheit, wies Wilfried Puhl-Schmidt auch anhand der Hadithe nach:

“Wer den Islam verlässt, den tötet!” (Sahih Bukhari, Buch 83, Nr. 17)

Aber wer hat schon einmal einen Moslem erlebt, der diese gefährliche Philosophie aus der kriegerisch eingestellten Beduinengesellschaft des 7. Jahrhunderts selbstkritisch hinterfragt. Es wird dagegen immer wieder hartnäckig versucht, anhand einiger unbedenklicher Verse aus der mekkanischen machtlosen Anfangszeit des Propheten diese Gewalt- und Eroberungsideologie zu verharmlosen. Was dem Versuch der Quadratur des Kreises ähnelt. Wir erlebten es auch an diesem Abend. Die anwesenden Muslime bekamen ausreichend Gelegenheit, ihre Argumente vorzutragen. Aber das Publikum ließ sich nicht so leicht einseifen, denn die islamischen Schriften sind mittlerweile vielen „Ungläubigen“ bekannt. Taqiyya wird für die muslimischen Beschwichtigungskommandos immer schwieriger. Und so meldeten sich reihenweise Zuhörer, die den Ausführungen der „Rechtgläubigen“ deutlich widersprachen.



Der zweite Vortrag des Abends zeigte auf, wie sich der Islam in der heutigen Realität präsentiert. Der Pressesprecher von CSI Deutschland Thomas Gross berichtete aus der Hilfsarbeit in islamisch dominierten Ländern. Überall, wo Muslime herrschten, präsentiere sich das gleiche Bild: Andersgläubige würden vielfach diskriminiert, unterdrückt, versklavt, gefoltert oder getötet.

Anhand vieler Einzelbeispiele zeigte

Thomas Gross auf, wie der Islam seinen Herrschaftsanspruch durchsetze, sobald er in Mehrheitsverhältnisse komme.

Gross wies aber auch darauf hin, dass es in allen Ländern, in denen CSI bedrohten Christen zur Seite stehe, auch Unterstützung von Muslimen gebe. Denn sonst wäre es dort gar nicht möglich, Hilfe zu leisten. Dies zeige natürlich auch, dass bei aller Kritik am Islam immer zwischen der Ideologie und den Menschen unterschieden werden müsse. Viele Muslime haben die gefährlichen Schriften ihrer eigenen Religion also entweder nicht gelesen, nicht verinnerlicht, oder, teils in Unkenntnis des Arabischen, nicht verstanden.

An diesem Abend kam auch der Gedanke auf, dass es ja wie eine Befreiung für Muslime sein müsste, wenn sie von der Zwangsjacke erlöst würden, die die vielen detaillierten Vorschriften des Islam für sie bereithielten. Den Druck abzuschütteln, sich Allah in der Weise zu unterwerfen, wie es Mohammed im 7. Jahrhundert von seinen Anhängern forderte. Der ihnen das Paradies versprach, wenn sie im Kampf den Tod fanden. Der seine Gruppe mit knallhartem Druck zusammenhielt. Und Aussteigern mit Ermordung drohte. Was schließlich auch heutzutage zu vielen grausamen

Impressum

BÜRGERBEWEGUNG
PAX EUROPA e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 06
D – 75046 GEMMINGEN

Telefon: +49 – (0)7267 – 911940
kontakt@buergerbewegung-pax-europa.de
www.buergerbewegung-pax-europa.de

Spendenkonto

Volksbank Main Tauber
Kto-Nr.: 433 30 04
BLZ: 673 900 00

Redaktion und Layout
für diese Zeitung:
Eckhardt Kiwitt, Freising
e-Mail: QS72@gmx.net

Erscheinungen wie Ehrenmorden führe. Und die Integration in westlich-freie Gesellschaften massiv behindere.

Viele Zuhörer meldeten sich in der anschließenden zweiten Fragerunde zu Wort. Es gab eine lebhaft Diskussionsrunde, in der die Muslime immer wieder durch Querverweise auf Guantanamo oder den Irak-Krieg von der Debatte über den Islam abzulenken versuchten. Aber die meisten anwesenden „Ungläubigen“



haben den Islam offensichtlich als klare Bedrohung für unsere freie demokratische Gesellschaft erkannt. Es wurde auch der Vorwurf an linksorientierte Politiker artikuliert, durch eine bewusste Förderung der Masseneinwanderung aus islamischen Ländern ihre eigene künftige Machtsicherung und damit auch die Abschaffung der ihnen verhassten „kapitalistischen“ Gesellschaft betreiben zu wollen. Ein Moslem versuchte in einer weitschweifenden Ausführung über Volksverhetzung anzudeuten, dass an diesem Abend durch die geäußerte Islamkritik etwas Ähnliches stattgefunden habe. Dieser absurde Vorwurf wurde klar zurückgewiesen, denn keiner der beiden Vorträge habe diesen Tatbestand auch nur annähernd erfüllt.

Eine junge Zuhörerin bemerkte im Gegenzug, dass der Abend sogar noch zu konziliant verlaufen sei. Man müsse den Islam noch tabuloser bloßstellen. Damit forderte sie uns unmissverständlich auf, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzuführen. Im Disput muss man auch darauf achten, das eigene Harmoniestreben unter Kontrolle zu halten. Denn Muslime spielen diese Klaviatur sehr geschickt und verstehen es immer wieder, andere Menschen mittels Taqiyya, also der Lüge und dem gezielten Beschönigen des Islams, hinter das Licht zu führen. Wir sollten den Islam als das kenntlich

machen, was er ist: Die Hass-Ideologie eines wütenden Arabers, der es nicht verwinden konnte, dass Juden, Christen und weitere Andersgläubige auf seine selbstgestrickte neue „Religion“ nicht hereinfließen. Der sich mit leicht durchschauenden Methoden als letzter Prophet darstellte und seinen Gott als den einzig wahren darstellte. Und damit ganz gerissen das Christen- und Judentum unterordnen wollte. Da er aber nicht mit der Kraft des Wortes überzeugen konnte, griff er zur Gewalt. Was dann letztlich auch funktionierte, zum „Islam-Prinzip“ führte und seitdem die halbe Welt in Atem hält.

Dass wir uns heutzutage mit dieser Ideologie eines machtversessenen Arabers aus dem siebten Jahrhundert auseinandersetzen müssen, ist mehr als nur lästig. Aber wir werden durch die immer zahlreicher werdenden Muslime, die ihre Ideologie beharrlich in Europa verbreiten wollen, nun mal dazu gezwungen.

Am Ende der viereinhalbstündigen Veranstaltung verteilten wir im Saal das bemerkenswerte Flugblatt, das die PI-Gruppe Hamburg gestaltet hat. Es verdeutlicht die geistige Nähe von Islam und anderen totalitären Ideologien wie dem Nationalsozialismus:

Es ist eine eindringliche Botschaft, die uns das letzte überlebende Mitglied der „Weißen Rose“ mit dem folgenden Satz übermittelt:

„Der Fanatismus, der absolute Wahrheitsanspruch und die geistige Einfältigkeit sind sich sehr ähnlich, wie im Islam, so auch im Nationalsozialismus.“

Wir dürfen es nicht zulassen, dass sich in Deutschland erneut eine gewaltverherrlichende Ideologie breitmacht. Der Widerstand gegen die Islamisierung muss sich noch deutlicher bemerkbar machen. Damit Politiker und Medien registrieren, was ein maßgeblicher Teil der Bevölkerung wirklich denkt.

Text: Michael Stürzenberger, BPE

Fotos: Roland Heinrich, BPE

Solidarität mit Geert Wilders in Berlin

Die Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa und der PI-Gruppe Berlin vor der Niederländischen Botschaft in Berlin setzte ein klares Signal der Unterstützung für den derzeit beliebtesten Politiker der Niederlande, Geert Wilders. Stefan Herre, der Gründer des größten europäischen Polit-Blogs im Internet, richtete einen Appell an alle Islamkritiker, sich auch vermehrt auf der Straße zu zeigen.

Und er rief die Niederländer auf, den mutigsten Politiker Europas zum Ministerpräsidenten zu wählen.



Das Mitglied der Münchner PI-Gruppe Michael Stürzenberger zog in seiner Rede den Vergleich mit früheren Kritikern totalitärer Ideologien, die schon in der Vergangenheit attackiert statt unterstützt wurden. Beispielsweise Charlie Chaplin, der schon bald den gefährlichen Charakter des Diktators Hitler erkannte und in seinem wunderbaren Film „Der große Diktator“ herrlich karikierte. Aber in den USA wurde er deswegen angefeindet – mit der Begründung, dass dieser Film ja schließlich die deutsche Bevölkerung in den USA beleidigen könnte. Zu der Zeit sah man in den USA Deutschland noch als Bollwerk gegen den Kommunismus an.

Oder das letzte noch lebende Mitglied der Weißen Rose, Susanne Zeller-Hirzel, die zusammen mit den Geschwistern Scholl mutig gegen die totalitäre Ideologie des Nationalsozialismus kämpfte. Damals wurde sie verfolgt und beschimpft, später geehrt. Heute ist sie Mitglied bei Pax Europa und wird wieder attackiert, weil sie den totalitären Machtanspruch und das Unterdrückungsprinzip des Islam mit dem des Nationalsozialismus vergleicht. Die Menschen haben offensichtlich aus der Geschichte nichts gelernt. *Text: MS, Bild: RH*

Gemeinsam sind wir stark!

Beim letzten PI-Ruhr-West-Gruppen-treffen hatten wir einen Gast zu Besuch, und zwar Peter vom Verein für Aufklärung und Freiheit e.V., der auch bei BPE aktiv ist. Peter ist bestrebt, die PI-Gruppen – im Sinne einer Vernetzung aller Islamkritiker – kennenzulernen und aufzufordern, an islamkritischen Veranstaltungen seitens seines Vereins sowie seitens BPE teilzunehmen.

Da auch wir unsere Vernetzung, vor allem mit den anderen PI-Gruppen – im Sinne des Mottos „Gemeinsam sind wir stark!“, weiter vorantreiben möchten, freuen wir uns zu hören, in Zukunft gemeinsam aktiv werden zu sollen (im Mai 2010 haben wir eine gemeinsame Aktion gestartet), denn Aufklärung in einem groß angelegten Rahmen, d.h. unter Mitwirkung möglichst vieler islamkritischer Gruppierungen, ist in allen Punkten effizienter und damit erfolgversprechender.

Der Verein für Aufklärung und Freiheit steht für eine aufgeklärte humanistische und säkulare Lebensauffassung und ein tolerantes Religionsverständnis. Fremdenfeindlichkeit, totalitäre Ideologien und Antisemitismus werden abgelehnt, die Universalität der Menschenrechte, eine laizistische Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit und die Werte der Europäischen Aufklärung sind das, wofür der Verein steht.

Wir können dem zustimmen und finden die Bestätigung, dass Atheisten und Christen (die PI-Gruppe Ruhr-West rekrutiert sich neben einem Agnostiker größtenteils aus Christen) durchaus gut zusammenarbeiten können, denn Atheisten respektieren den Glauben anderer Menschen, solange er Privatsache bleibt, solange die Religion nicht in totalitärer Manier zur Staatsdoktrin erhoben wird, solange Nichtglaube ebenso respektiert und geschützt wird. Andererseits respektieren „aufgeklärte Christen“ auch den Atheismus, denn das Christentum kennt keinen Zwang, zumal der Glaube an Jesus Christus auf tiefster Überzeugung und Freiwilligkeit basiert, ansonsten

kann von Glaube auch keine Rede sein, denn die Ehrfurcht vor Gott und die Liebe zu Jesus muss von Herzen kommen. Zwang, Druck und Angst – wie im Islam – sind niemals Ausdruck von Überzeugung, können insofern niemals Lebensphilosophie und Glückseligkeit bedeuten, wenn Herz und Geist nicht ergriffen sind. Und diese Auffassung veranlasst Christen auch dazu, Atheisten zu respektieren, die aus Überzeugung eben eine andere Lebensphilosophie für sich als die richtige betrachten.

Gegenseitige Toleranz, demokratisches Verständnis und das Festhalten an den Werten der Aufklärung sind die Basis für eine gute gemeinsame Arbeit, aber vor allem haben wir das gleiche Ziel, das wir ungeachtet unserer persönlichen Wertorientierung bzw. Lebensauffassung verfolgen, nämlich den Kampf gegen die Islamisierung Europas, die Aufklärung über den Islamofaschismus, den Islam als totalitäre Ideologie, sowie die Verteidigung unserer Freiheit und der Bewahrung der abendländischen Kultur, zu der das Christen- und Judentum ebenso gehören wie der Humanismus und die Aufklärung.

Ja, gemeinsam sind wir stark, wir können gemeinsam arbeiten, als Demokraten, die sich wahre (und keine falsche!) Toleranz, Verantwortung und Ehre und damit die Achtung vor den identitätsstiftenden Werten Europas wie Christentum als Lehre Jesu und Religion der Nächstenliebe und Aufklärung als Kampf des menschlichen Geistes, des vernunftbegabten Menschen und des Humanismus gegen religiösen Fanatismus und theokratische Herrschaft auf die Fahnen geschrieben haben.

Wahre Atheisten handeln aus tiefstem Humanismus heraus, sind lediglich Gottesleugner und rationale, gut fundierte Religionskritiker. Diese Atheisten als Gottesleugner sind klar zu unterscheiden von Gotteslästerern, die mit ihrer Blasphemie nur emotional reagieren und aufgrund der Lästerung des Gottes seine Existenz praktisch voraussetzen, für einen Atheisten aber ist Gott gar

nicht existent. Der Atheist ist auch vom Antitheisten, dem Gottesbekämpfer, zu unterscheiden. Auch sie setzen die Existenz Gottes voraus, denn sonst müssten sie ihn nicht bekämpfen. In der Tat aber handelt es sich bei diesen Antitheisten um Religions- und Christenhasser – aus welchen Gründen auch immer. Wahrscheinlich sind es Gott-Enttäuschte, vom Leben enttäuschte, die aber Gott und nicht sich selbst, das Individuum, dafür verantwortlich machen. Unter ihnen finden sich viele Linke, die die Institution der Kirche, die Geistlichen und die Christen beschimpfen, aber aus Neid, der in die Totalmobilmachung des Neides gipfelt und letztendlich in Hass und Ressentiments endet. Christenbashing und Antisemitismus sind die besten Beispiele. Die faschistische Ideologie des Islam wird jedoch von den Linken hofiert, denn sowohl Islam als auch Sozialismus sind totalitäre Ideologien. Leider übersehen die Linken, dass sie den Islam nicht als Vehikel zur Etablierung ihres kommunistischen Paradieses benutzen können, denn die Muslime verachten Atheisten. Die Linken machen die Rechnung ohne den Wirt, ihre Bemühungen laufen ins Leere.

So startet der Verein für Aufklärung und Freiheit e.V. demnächst eine Aktion, bei der wir ihn gern unterstützen, und zwar «Der Kampf gegen Rechts! Was uns die Medien verschweigen...».

Es geht um die rechten türkischen Ultra-Nationalisten hier in Deutschland. Zu diesen Ultra-Nationalisten mit Eroberungstendenzen gehören z.B. die Grauen Wölfe (Ülcücü-Bewegung), die aus falscher Toleranz heraus – man ist ja nicht fremdenfeindlich – akzeptiert werden, die ein faschistisches Programm der nationalen Erstarkung vertreten und von der Idee einer Synthese von Nationalstaat und Islam besessen sind sowie von Feindbildern leben (Armenier, Juden, Kurden, Amerikaner und gesellschaftliche Minderheiten wie Homosexuelle).

Hier mehr <http://www.youtube.com/watch#!videos=WxZPPhFnZw&v=Qskgt8hUPws> (Unterwanderung der CDU durch Graue Wölfe):

Also, vernetzt Euch, wehrt Euch, seht das gemeinsame Ziel und bündelt daher Eure vielfältigen Motivationen und Einstellungen, ob Atheist, Agnostiker, Christ, Hindu oder sonstwas! Auch von Moslems verfolgte Gruppen wie Aramäer oder Kopten sowie auch besonders die Ex-Muslime können nur unsere Freunde sein.

BPE-LV NRW

“Antifa” attackiert BPE-Demo in Stuttgart

Bei der Stuttgarter BPE-Kundgebung „Gegen Frauenunterdrückung“ Ende April 2010 diskutierten wir teilweise äußerst kontrovers mit Muslimen, Grünen und Linken.



Manche der Gesprächsteilnehmer auf der Gegenseite waren erregt und leidenschaftlich, einige sogar wütend. Warum wir denn den Islam kritisierten, wo doch



das Christentum im Mittelalter auch so viele schlimme Dinge angerichtet hätte. Wir versuchten, mit Fakten und Argumenten unsere Positionen zu vermitteln.

Im Ton ruhig, in der Sache klar und überzeugt. Und so blieb alles friedlich.



Keine Spur von physischer Aggression. Bis die Antifanten kamen. Etwa zwei Stunden nach Veranstaltungsbeginn traf eine Gruppe aggressiv eingestellter Menschen ein, die mit Diskutieren we-



nig im Sinn hatten. Sie wollten Krawall machen. Und so begannen sie, ihr eintrainiertes „Nazis raus“ zu skandieren. Da wir in diesem Punkt – und ganz sicher nur in diesem – mit denen einer Meinung sind, stimmten wir fröhlich in diesen Ruf ein und riefen ihnen entgegen „NAZIS RAUS!“ Wie auch schon vergangenes Jahr in Berlin am Tag der Deutschen Einheit, als uns eine Meute von linksreaktionären Gutmenschen und langbärtigen Fundamental-Moslems umkreiste. Schon damals löste diese Entgegnung beim Gegner erhebliche Verwirrung aus.



Aber wie es unsere Art ist, wollten wir auch mit diesen Menschen ins Gespräch kommen. Denn das, was wir vorzutragen haben, müsste normalerweise selbst beim verbohrtesten Ideologen Gehör finden. Wer kann denn beim Thema Frauenunterdrückung, Demokratiefeindlichkeit und Menschenrechtsverletzungen anderer Meinung sein?

Nun, die Antifanten. In ihrer linksextrremen Gesinnung haben sie ein Ziel: Das ihnen verhasste „System“ und damit die Demokratie abzuschaffen. Dabei erscheint ihnen die islamische Ideologie als willkommener Verbündeter. Und da-

her attackieren sie Islamkritiker. Es sind ganz einfache Denkschablonen, die in ihren linksverdrehten Gehirnwindungen ticken. Dabei haben sie aus der Geschichte nichts gelernt, denn ein solches Bündnis ging schon 1979 bei der islamischen Revolution im Iran schief. Sobald Ayatollah Khomeini an der Macht war, lieferte er seine nützlichen linken Helfer ans Messer. Denn Moslems mögen Atheisten noch weniger als Andersgläubige. Aber das wurde den Antifanten im Geschichtsunterricht noch nicht beigebracht. Mit ihnen auf rationaler Basis zu argumentieren, gleicht dem Versuch, einen Laternenpfosten zum zur Seite treten bewegen zu wollen. Es ist sinnlos und reine Zeitverschwendung. Diese Menschen sind so verbohrt, so ideologisch festgefahren, so gehirngewaschen, so aggressiv und hochgradig erregt, dass die Schwelle zum Losschlagen bei ihnen jederzeit überschritten werden kann.

Und so flog irgendwann der Deckel vom brodelnden Kessel. Eine junge AntifantIn verpasste einem unserer friedlichen Demonstranten eine Ohrfeige. Dabei ging seine Brille zu Bruch.

Die Polizeibeamten, die sich bisher in vorbildlicher Weise de-eskalierend verhalten hatten, schritten nun ein. Wie es ihre Aufgabe ist, um die körperliche Unversehrtheit von Teilnehmern einer angemeldeten Demonstration zu gewährleisten. Und so nahmen sie die junge Dame im blauen T-Shirt fest.

Ein besonders aggressiver Antifant versuchte nun, die junge Dame zu befreien und wurde handgreiflich. Dabei wurde ein Polizist leicht verletzt.



Dieser junge Mann war hochaggressiv und anscheinend kampferprobt. Mehrere Beamte waren notwendig, um ihn ruhig zu stellen. Aber dann versuchten weitere Personen aus der Menge, ihn zu befreien:

Noch hatte die Polizei die Situation im Griff und konnte den Platz sichern. Die Beamten warnten die aufgebracht Antifanten erneut, sich ruhig zu verhalten und keine Gewalt anzuwenden:



Aber es erfolgten immer neue Angriffe auf die Beamten:

Die Situation drohte zu eskalieren, und so wurde Verstärkung gerufen. In Minutenschnelle kamen rund ein Dutzend weitere Fahrzeuge mit etwa 40 Beamten des Einsatzkommandos:

Einige Beamte hielten sich zusätzlich im Hintergrund bereit:



Da sich erstaunlich viele junge Frauen unter den aggressiven Gegendemonstranten befanden, stellte man ihnen auch ganz bewusst weibliche Einsatzkräfte gegenüber:

Auch berittene Polizei war im Einsatz:



Äußerst skurril wurde es dann, als die Antifanten skandierten: „Wir sind friedlich, was seid Ihr“. Das erinnerte schon fast an den Spruch „Islam heißt Frieden“. Die Friedlichkeit dieser Menschen drückte sich in körperlichen Attacken, einer zerschlagenen Brille und einem verletzten Polizisten aus. Dass damit ein

Straftatbestand vorlag, erkannten diese Wirkköpfe natürlich nicht: „1,2,3 – lasst die Leute frei“. In absurder Verdrehung der Realität wurde den Beamten noch vor Ort vorgeworfen, sie hätten ein „armes, wehrloses Mädchen geschlagen“. Ein Mitbürger mit Akzent bemerkte sogar: „Was ist das für ein Land, in dem man mit Schlagstock auf Jugendliche losgeht. Und dann noch gegen eine Frau“. Dieses Prinzip kennt man: In völliger Verdrehung der Tatsachen werden aus Tätern Opfer gemacht.

Im Polizeibericht liest sich das Geschehen ganz sachlich. Und zwar exakt so, wie es sich zugetragen hat.

Wir stellten uns den Beamten noch vor Ort als Zeugen zur Verfügung, falls es zu irgendwelchen wirren Anschuldigungen gegen sie kommen sollte. Dieser Polizeieinsatz ist optimal abgelaufen. Besser hätten sich die Beamten an diesem Nachmittag nicht verhalten können. Man merkte ihnen die vorbildliche Schulung für solche Situationen an.

Unser Dank gilt allen Einsatzkräften vor Ort. Sie haben die Demokratie und die Meinungsfreiheit geschützt. Gegen fanatische Wirkköpfe, die mit all dem nichts im Sinn haben.

Text: Michael Stürzenberger, BPE

Fotos: Roland Heinrich, BPE,

Eckhardt Kiwitt, BPE

eindruckend. Dennoch dürfen wir uns nicht damit zufrieden geben. Wie können wir neue Mitglieder dazu gewinnen? Und was können wir künftig noch besser machen?

Sprechen Sie mit Verwandten, Freunden und Bekannten über die großen Probleme, mit denen unser Land infolge von muslimischer Masseneinwanderung, fortschreitender Islamisierung und mangelhafter Integration konfrontiert ist. Auch der Türkei-Beitritt hängt weiter wie ein Damoklesschwert über uns. Angesichts dieser Sachlage brauchen wir mehr Mitstreiter. Versuchen Sie daher, durch Überzeugungsarbeit neue Mitglieder für die Bürgerbewegung zu gewinnen, damit wir weiter wachsen können.

Zur Information reichen eine Zeitung, Fernsehen und Radio heute nicht mehr aus. Das Internet bietet darüber hinaus leichten Zugriff auf eine Fülle von Nachrichten und Kommentaren sowie auf Blogs, die wiederum durch Web-Links mit anderen Medien verbinden. Es ist also unbedingt zu empfehlen, sich einen Internet-Anschluß einzurichten für monatlich geringe Kosten. Auch eine E-Mail-Adresse und die Aufnahme in den Verteiler von BPE erleichtern und beschleunigen ganz wesentlich Kommunikation und Information.

Entscheidend für den Erfolg unserer Bürgerbewegung ist schließlich der Schritt in die Öffentlichkeit. Zusammen mit Gleichgesinnten fällt dies wesentlich leichter als allein. Besuchen Sie gemeinsam politische Veranstaltungen und melden Sie sich zu Wort, sachlich und gut begründet. Richten Sie Info-Stände in Fußgängerzonen ein, um dort unsere Broschüren und Flyer zu verteilen, um neue Mitglieder anzuwerben und mit Passanten zu diskutieren. Suchen Sie den direkten Kontakt zu Politikern und tragen Sie ihnen Ihr Anliegen vor. Der BPE-Tätigkeitsbericht gibt zahlreiche Anregungen für öffentliche Aktivitäten, die wir durchführen können.

Nur gemeinsam sind wir stark!

ep

APPELL

Rund 800 Mitglieder zählt BPE derzeit, und der Tätigkeitsbericht des Bundesverbands sowie der verschiedenen Landesverbände für 2009/2010 ist be-

Hier schweigt der Trend

Wer erinnert sich nicht an die Ägypterin Marwa, welche vor Jahresfrist in einem Dresdner Gerichtssaal erstochen worden war. Protestmärsche in ganz Deutschland, teilweise von Politikern angeführt. Hasstiraden in Ägypten, als habe das Christentum zum Kreuzzug gegen den Islam aufgerufen. Zeitungen erinnern am Jahrestag an die Tat und lassen sie wieder aufleben.

Anfang Juli nun wurde der katholische



Bischof Luigi Padovese im türkischen Iskenderun niedergestochen und geschächtet. „Allahu akbar, ich habe den Satan ermordet“ rief der Mörder. Reflexartig ließ der Vatikan den Papst verkünden, dass dies keine religiös begründete Tat gewesen sei.

Wie eine Rüge sollten es kurz danach die Vatikandiplomaten verstehen, als Erzbischof Ruggero Franceschini von Izmir in einem Interview sagte, dass der Mord ausschließlich mit dem Islam zu tun habe. In Anatolien würden Christen angegriffen und „jeder Angriff erfolgt im Namen des Islam“.

Als wäre dies nicht bereits deutlich genug, fügte er hinzu: „Bestimmte Dinge kann uns der Vatikan nicht lehren!“ Welche Not und welcher Vorwurf liegt in diesen Worten eines verantwortlichen Oberhirten der katholischen Kirche in der Türkei! Wer vor Ort den real existierenden Islam kennt, entlarvt diplomatische Statements aus dem Vatikan und aus päpstlichem Mund als peinliches Geschwätz.

Eine furchtbare Symbolik werden nachdenkliche Christen nicht los: Bischof Padovese wurde der Kopf rituell abgetrennt. Sollte damit die katholische Kirche in der Türkei enthauptet und eines Hirten beraubt werden?

Fatal wird man an die zwei türkischen Konvertiten Ugur Yüksel und Necati Aydin sowie den deutschen Theologen Tilman Geske erinnert, die vor zwei Jahren ebenfalls geschächtet wurden, weil sie Christen waren. Ist der erstochene Priester

Santoro von Trabzon schon vergessen und die anderen Mordversuche in Izmir?

Doch zurück zum Beginn dieser Zeilen. Keine Frage, dass der Mord an Marwa gnadenlos bestraft gehört. Auch Proteste sind in geschürter Stimmung verständlich.

Wo jedoch war das Protestschreiben der deutschen Bischöfe an die türkische Botschaft, als ihr Mitbruder geschächtet wurde? Wo waren die Mahnwachen in den Pfarreien? Hat jemand das Statement eines christlichen Politikers gehört, um diese Untat zu beklagen?

Und jetzt die entscheidende Frage an uns: Wer hat den Mund aufgetan oder eine Zeile geschrieben? Ist die Situation der verfolgten Christen z.B. in der Türkei uns nicht letztlich völlig egal? Wenn Sie, liebe Leserin und lieber Leser jetzt „Ja“ sagen, dann wäre das furchtbar!

Wilfried Publ-Schmidt

BPE-Mitglieder- versammlung mit hochkarätigen Gast- rednern

Am Samstag, 29. Mai 2010 von 14.00 Uhr bis 19.30 Uhr hat die Bürgerbewegung Pax Europa e.V. (BPE) unter ihrem Ersten Vorsitzenden Willi Schwend in Mainz ihre Jahresmitgliederversammlung durchgeführt und den Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung in seinem Amt bestätigt und beschlossen, den Anstellungsvertrag des erfolgreichen Geschäftsführers Conny Meier erneut zu verlängern.

Rund 800 Mitglieder hat BPE derzeit – bei rund 80.000.000 Bundesbürgern sind das 0,001 %. Diese kleine aber feine Gruppe hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die jüdisch-christliche Wertegemeinschaft des Abendlandes zu wahren, die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Grundgesetzes zu schützen und über die islamisch-schariatische Bedrohung des Abendlandes, der Grundrechte und des Rechtsstaates wertneutral aufzuklären.

Als hochkarätige Referenten konnten der Staatsrechtslehrer Prof. Dr. jur. Karl Albrecht Schachtschneider und der Ori-

entalist Dr. Hans-Peter Raddatz begrüßt werden, die zur Problematik des Islam im Kontext der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (*Schachtschneider*) und im Kontext der freiheitlichen Gesellschaft (*Raddatz*) in gewohnt ausführlicher und tiefgreifender Weise vortrugen.

Schachtschneider entfaltete eine rechtsdogmatische und rechtsphilosophische Fundierung des Grundrechtsbereichs der Religionsfreiheit und legte überzeugend dar, warum die Religionsfreiheit nicht – wie bisher durch das Bundesverfassungsgericht geschehen – als einheitliches Grundrecht mit breiigen Konturen und unabsehbaren Abwägungen begriffen werden sollte, sondern als Mehrheit von Grundrechten, wie dies bereits im Gesetzestext selbst angelegt ist.

Artikel 4 GG, Satz 1: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“ Satz 2: „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“

In dieser Formulierung liegt eine Unterscheidung begründet: Die Bekenntnisfreiheit ist unverletzlich, d.h. jeder kann und darf ohne jede Einschränkung glauben, was und an was und wie er will. Die Religionsausübungsfreiheit ist jedoch nur innerhalb der von Art. 140 GG in Verbindung mit dem fortgeltenden Art. 136 Abs. 1 Weimarer Reichsverfassung gewährleistet:

„Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt.“

Darin sieht Schachtschneider folgerichtig einen allgemeinen Gesetzesvorbehalt der Religionsausübungsfreiheit, wie er bisher in dieser Art und Weise vom Bundesverfassungsgericht nicht angenommen wurde. Das Bundesverfassungsgericht geht vielmehr von einem schrankenlosen Grundrecht aus, das nur über verfassungsimmanente Schranken, d.h. Abwägungsmechanismen mit anderen Grundrechten und Staatsprinzipien, eingeschränkt werden kann.

Von diesem methodologischen Unterschied abgesehen ist aber auch bei Zugrundelegung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Ergebnis eine Islamisierung des öffentlichen Rau-

mes abzulehnen (dann auf der Grundlage verfassungsimmanenter Schranken). Denn Moscheen, Minarette, Muezzin-Ruf und portable textile Frauengefängnisse sind politische Aussagen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung als solche richten und daher den Schutz der Religionsfreiheit nur als Tarnkappe auf dem Weg in die schariatische Gesellschaftsform in Anspruch nehmen. Rechtlichen Schutz verdient nur das islamische Bekenntnis zuhause oder kollektiv in einem unauffälligen Gebetsraum, während die islamische Religionsausübung im öffentlichen Raum wegen ihres politischen Anspruchs, der sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet, nicht zuzulassen ist. Dies ergibt sich bereits aus Artikel 9 Abs. 2 GG, der den Bestimmungen des Vereinsgesetzes insoweit vorgeht:

„Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsgemäße Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.“

Damit ergibt sich das Verbot islamisch-schariatischer Bestrebungen und Vereine bereits unmittelbar aus der Verfassung und verpflichtet die Organe des Staates zum Einschreiten gegen solche Bestrebungen und Vereine, ohne dass es einer einfachgesetzlichen Regelung oder eines vorangehenden Verwaltungsaktes bedarf.

Auf eine vereinfachte Formel gebracht: Privater Islam ist erlaubt, öffentlicher Islam ist verboten. Alle bestehenden Moscheen, Minarette, Muezzin-Rufe und Kleiderordnungen sind damit als verfassungsfeindlich und rechtswidrig identifiziert. Sie stehen für die schariatische Gesellschaftsordnung und damit gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung (vgl. Art 20 GG), die in Art. 79 Abs. 3 GG unter Ewigkeitsgarantie gestellt und in Art. 20 Abs. 4 GG mit einem Widerstandsrecht für jedermann ausgestattet ist. Führt die herrschende Klasse mit der verfassungswidrigen Islamisierung des öffentlichen Raumes fort, so kann dadurch das Widerstandsrecht ausgelöst werden, dass bei passivem Widerstand nach Art von Mohandas Ghandi beginnt und sich über

das Recht zum Steuerboykott bis zu Formen des aktiven Widerstands – auch des gewaltsamen Widerstands – fortsetzen kann. Denn die Bürger einer wertneutralen Zivilgesellschaft sind nicht verpflichtet, tatenlos zuzusehen, wie ein schlecht informiertes Parlament, korrupte Politiker und furchtsame Richter die Islamisierung des öffentlichen Raumes hinnehmen, gut heißen und teilweise aktiv fördern, und dadurch die freiheitlich-demokratische Grundordnung untergraben und schließlich beseitigen.

Zur Erinnerung: Freiheitlich-demokratische Grundordnung (vgl. Jarass/Pieroth/Pieroth: Grundgesetz, 10. Auflage 2009, Art. 21 Rn 33) heißt Recht auf Leben und nicht Aufruf zur Ermordung der Ungläubigen, Recht auf freie Entfaltung und nicht Regulierung aller Lebensbereiche durch die Scharia, Volkssouveränität durch Wahlen und Abstimmungen und nicht Herrschaft einer kleinen Klasse von Theologen durch Fatwen, Gewaltenteilung in Parlament, Regierung und Gerichte und nicht Gewaltdurchdringung durch ein Scharia-System, Verantwortlichkeit der Regierung und deren tatsächliche Abwählbarkeit und nicht ewige Herrschaft einer religiös-politischen Einheitspartei, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und nicht Ausrichtung der Verwaltungstätigkeit an Koran und Hadith statt am allgemeinen, rational begründbaren Gesetz, Unabhängigkeit der Gerichte und nicht deren religiös-ideologische Unterwanderung und Reglementierung, Mehrparteienstaat und Chancengleichheit und nicht wachsende Herrschaft der Straße und des Ghettos, bis es nur noch eine islamische Einheitspartei gibt, Recht auf Opposition und nicht Todesdrohungen gegen jeden, der eine abweichende Auffassung propagiert und durchsetzen will, und nicht zuletzt Grund- und Menschenrechte und nicht religiös-ideologische Verachtung und Unterdrückung aller Frauen, Homosexuellen, Ungläubigen usw.

Schachtschneider verstand es in seinem erhellenden Vortrag, seine rechtsdogmatischen Ausführungen rechtsphilosophisch seriös zu fundieren und als Besonderheit der abendländischen Tradition der Ratio-

nalität und Neutralität auszuweisen, die bereits in dem Jesus-Wort „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“ angelegt ist und damit Religion als privates Bekenntnis und Politik als öffentlichen Raum sauber trennt: Raum für Vernunft, Diskurs, Teilhabe. So hat dies grundsätzlich auch Martin Luther mit seiner Zwei-Reiche-Lehre gesehen, nach der Staat und Politik einerseits und Kirche und Glaube andererseits zwei je eigene Reiche sind, die nicht interferieren sollen – und damit hat auch Luther den Primat der Staatlichkeit für die Gesetzgebung anerkannt.

Dabei reicht Schachtschneiders rechts- und philosophiehistorischer Begründungsansatz vom Ausburger Religionsfrieden über das Preußische Allgemeine Landrecht und die aufklärerische Philosophie Immanuel Kants sowie über die Preußische Verfassung von 1848 und die Weimarer Reichsverfassung bis in die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes und seine Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht hinein. Schlüssig und auf der Basis wertneutraler Rationalität weist er nach: Die Logik der Freiheit zwingt zum Vorbehalt des Staates und seines Rechts. Wo dem allgemeinen Ge-



Schachtschneider im BPE-Interview in Mainz, 2010.
Foto: Roland Heinrich

setz eine zweite Interpretationsinstanz im öffentlichen Raum konkurrierend gegenüber treten darf, wird nicht nur der Staat gestört und absehbar ganz zerstört, sondern auch der einzelne Mensch als Person, deren Integrität und Freiheit nur durch den weltlichen Staat laizistischer Prägung überzeugend garantiert werden kann. In letzter Konsequenz kann dies z.B. darauf hinaus laufen, den schulischen Religionsunterricht christlicher Konfessionen zu untersagen, wenn sie den Primat des Staates nicht anerkennen, jedenfalls aber kann ein islamischer Religionsunterricht niemals geduldet werden, weil das Wertgefüge des Islam und das Wertgefüge des aufgeklärten Staates inkompatibel sind.

*Auszug aus einem Gastbeitrag von
RA Michael C. Schneider, Frankfurt/M.*